
1 **Antrag (Nr. 3): Entwicklungszusammenarbeit begreifbar machen.**

2 **Antragsteller:** Juso-Kreisverband Rhein-Neckar

3 **Empfänger:** SPD Rhein-Neckar, SPD-Bundestagsfraktion, Bundesregierung

4 **Antrag:**

5 Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hat in den Jahren der rot-grünen
6 Regierung wieder an Profil gewonnen. Aus den Fehlern der Vergangenheit
7 konnten Lehren gezogen und in der täglichen Arbeit umgesetzt werden. Allerdings
8 leben wir noch immer in einer Welt, in der Hungertod und bitterste Armut für viele
9 Menschen alltäglich sind. Entwicklungsarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur
10 Verbesserung der Situation. Daher hat die Arbeit des Bundesministeriums für
11 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und aller staatlichen wie
12 nicht-staatlichen Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine
13 wichtigere Bedeutung als jemals zuvor.

14 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit wird aus Steuergeldern finanziert.
15 Deshalb muss sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerechtfertigt werden.
16 Diese Rechtfertigung kann in Zeiten knapper Finanzen nur gelingen, wenn die
17 Menschen die Notwendigkeit der EZ begreifen und akzeptieren. Um dieses
18 Verständnis muss nachhaltig geworben werden.

19 So stellt das BMZ in seinen Richtlinien zur Inlandsarbeit fest, dass man "bei den
20 Menschen in Deutschland keine elementaren Vorkenntnisse zur Lage der
21 Entwicklungs- und Transformationsländer sowie der Entwicklungspolitik
22 voraussetzen" dürfe. Um vor diesem Hintergrund die Zustimmung der
23 Bevölkerungsmehrheit zur EZ zu erlangen, fordern die Jusos Baden-Württemberg
24 die Bundesregierung auf, sich für eine verstärkte Inlandsarbeit einzusetzen. Von
25 grundlegender Wichtigkeit sind hier:

- 26 1. Die bessere finanzielle Ausstattung des BMZ für Zwecke der Inlandsarbeit
27 (hierzu zählen sowohl Maßnahmen, die das BMZ selbst initiiert, als auch
28 solche, die von anderen Trägern erbracht werden). Das BMZ muss darauf
29 hinwirken, dass das von ihm geförderte Informationsmaterial dem
30 notwendigen Qualitätsstandard entspricht, zielgruppengerecht aufbereitet
31 ist und nicht in kontraproduktiver Weise gehäuft und an Fundraising-
32 Interessen orientiert verbreitet wird.
- 33 2. Die Ausweitung von Programmen für junge Menschen, die diese Zielgruppe
34 an die Probleme der Menschen in den Entwicklungsstaaten heranführen, z. B.
35 Austausch-, Workcamp- und Patenschaftsprogramme und deren
36 nachhaltige finanzielle Ausstattung.

37 Da sich eine solche finanzielle Besserausstattung beim ohnehin knappen
38 finanziellen Spielraum im gesamten bundesdeutschen Haushalt kaum aus sich
39 selbst heraus bewerkstelligen lässt, schlagen wir folgende innovative
40 Finanzierungskonzepte vor und fordern von der Bundesregierung, sich für diese
41 einzusetzen:

- 42 1. Die zeitnahe, verbindliche Einführung einer EU-weiten Steuer auf alle
43 Flugreisen, die in einem Land der EU starten. Konkret sollten innereuropäische
44 Flüge mit mindestens 2 Euro pro Fluggast belastet werden, internationale
45 Flüge mit mindestens 10 Euro pro Fluggast. Eine Staffelung der Steuer je nach
46 gebuchter Klasse ist aus sozialen Erwägungen ratsam. Die Einnahmen aus
47 dieser Steuer bleiben vorerst dem Land erhalten, welches sie einzieht.
48 Langfristig soll die Aufgabe der Entwicklungs-zusammenarbeit an die EU
49 übertragen werden.
- 50 2. Eine Neuausrichtung des BMZ-Haushalts nach den Erfordernissen der
51 Millennium Development Goals (MDGs): Die Ausgaben für
52 Wirtschaftsförderung (market-opening) müssen gesenkt werden. Die

53 hierdurch freiwerdenden Mittel werden neben der Finanzierung der oben
54 genannten Forderungen in solchen Bereichen eingesetzt, die positiven
55 Einfluss auf die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern haben
56 und somit zur Erfüllung der MDGs direkt beitragen. Dies sind zum Beispiel:
57 Wasserversorgung und Ernährungssicherheit, Armuts- und
58 Korruptionsbekämpfung, Gesundheits- und Bildungswesen.

59

60 Erläuterung zu Forderung 1:

61 Angesichts der gravierenden innenpolitischen Probleme wird es immer schwerer, den Bürgerinnen
62 und Bürgern zu vermitteln, dass in vielen anderen Ländern ungleich schlimmere Situationen
63 alltäglich sind. Hier haben wir die Verantwortung und die moralische Verpflichtung zu handeln.
64 Schon an der Haltung vieler Menschen in der Bundesrepublik zum Thema EU ist aber erkennbar,
65 dass eine wachsende Gefahr der Entsolidarisierung mit den Mitmenschen im Ausland besteht.
66 Während jedoch die meisten eine einigermaßen zutreffende Vorstellung von der Situation
67 hierzulande und in den EU-Mitgliedstaaten haben, sind elementare Kenntnisse über die Situation in
68 Entwicklungsländern, die eine korrekte Einschätzung von Nachrichten aus diesen Ländern
69 ermöglichen, kaum vorhanden.

70 Zu dieser schmalen Wissensbasis kommen noch die Verzerrungen durch die Auswahl- und
71 Darstellungsmethoden der Medien. Erst durch die Verbreitung von Grundwissen in der Bevölkerung
72 über entwicklungspolitische Zusammenhänge wird die Thematik auch für die Medien interessant.
73 Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden, indem ohne wirtschaftliche Hintergedanken, auf
74 ansprechende und eher pädagogische als journalistische Weise in allen Altersschichten das
75 erforderliche elementare Grundwissen vermittelt wird.

76 Das BMZ soll entwicklungspolitische Inlandsarbeit durch freie Träger fördern, um eine breite
77 Themenvielfalt und Verbreitung zu erreichen. Es muss jedoch sicherstellen, dass Informations- und
78 Bildungsangebote zur entwicklungspolitischen Inlandsarbeit nicht von Fundraisinggedanken
79 geleitet werden und infolgedessen zur Verfestigung und Verbreitung von Stereotypen beitragen
80 („Pornography of Poverty“).

81

82 Erläuterung zu Forderung 2:

83 Nur wenn Menschen aus Deutschland die Lebensbedingungen und -umstände in Entwicklungs-
84 und Transformationsländern selbst erfahren haben, werden sie die hohe Bedeutung der
85 Entwicklungspolitik begreifen. Durch attraktive Begegnungsmaßnahmen und die dabei erfolgende
86 aktive Auseinandersetzung mit der Thematik wird Bewusstsein für globale Zusammenhänge
87 gefördert und die Bereitschaft gesteigert, sich in Deutschland für die „Eine Welt“ einzusetzen. Als
88 MultiplikatorInnen leisten sie einen wichtigen Beitrag, die Bedeutung der
89 Entwicklungszusammenarbeit gesellschaftlich zu stärken und zu verankern.

90 Erläuterung zu Finanzierungsvorschlag 1:

91 Um in Zukunft mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu haben, schlagen wir
92 die Einführung einer europaweiten Besteuerung von Flügen vor, und zwar anhand der verkauften
93 Tickets. In Europa gab es im Jahr 2004 insgesamt 515 Millionen Passagiere, die ein Flugzeug
94 bestiegen. 402 Millionen davon bewegten sich innerhalb Europas, 112 Millionen aus Europa hinaus.
95 Unser Vorschlag ist es, Flugtickets, die für Flüge innerhalb der EU 25 gelten, mit 2 Euro zu besteuern,
96 und Flüge, die sich aus Europa hinaus bewegen, mit 10 Euro zu besteuern. Eine Differenzierung
97 zwischen Business- und Economy Class wäre zusätzlich noch vorstellbar und auch wünschenswert.
98 Mit solch einer Steuer könnten sich europaweit mindestens 1,9 Milliarden Euro einnehmen lassen.
99 Diese Summe würde anteilig nach dem Passagieraufkommen auf die EU Länder verteilt. Damit
100 stünden zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland 346,6 Millionen Euro mehr für
101 Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. Schon 10 % hiervon würden das derzeitige Budget für
102 Inlandsarbeit um mehr als 300 % erhöhen!

103

104 Erläuterung zu Finanzierungsvorschlag 2:

105 Inzwischen scheint zur Genüge nachgewiesen zu sein, dass die erhoffte Wirkung von
106 wirtschaftlichem Wachstum auf die Lebensumstände der breiten Masse nicht oder nur in
107 unzureichendem Maße funktioniert.

108 D. h. von einer funktionierenden Wirtschaft (zumal in Entwicklungsländern meist nur ein bis zwei
109 Wirtschaftszweige tatsächlich funktionieren) ist leider kein nachhaltig positiver Effekt auf das
110 Bildungsniveau, den Gesundheitssektor oder auch nur die Armutsbekämpfung zu erkennen. Im
111 Gegenteil: Die wirtschaftliche Öffnung wirkt sich negativ auf das Preisniveau in den Ländern aus,
112 wodurch der Druck der Armut auf die Durchschnittsbevölkerung wächst. Deshalb fordern wir eine
113 Konzentration auf solche Hilfe, die direkten Einfluss auf die Situation der Menschen hat. Wenn es
114 den Menschen besser geht, wird die Wirtschaft sehr wahrscheinlich ebenfalls leistungsfähiger
115 werden.

116 Leider ist es derzeit noch gängige Praxis des BMZ, den größten Teil seiner Mittel in Projekte zur
117 Förderung von Wirtschaft zu investieren. Hierin sehen wir sowohl einen Widerspruch zu den
118 Entwicklungszielen als auch einen falschen Weg zu deren Erreichen.

119 Es sei daran erinnert, dass es keinen SPD-Parteitagbeschluss gibt, der die SPD-Bundestagsfraktion
120 zur Mitwirkung an einer Bahnprivatisierung ermächtigt hätte.

121 **Eingang:** 13.11.2006 und somit nicht fristgerecht - Der Kreisparteitag wird gebeten,
122 über die Behandlung abzustimmen.